

schnittsverdienste der Katholiken bedeuten aber nicht, daß sie auch entsprechend in der Schicht der 5 Prozent Amerikaner anzutreffen sind, die allein über ein Drittel des Volkseinkommens verfügen.

Anstoß zum Umdenken unter den Katholiken

Dieses für die Katholiken der USA relativ hohe Ergebnis scheint mittlerweile von ihnen auch als echte Herausforderung erkannt zu werden. Würden sich große Teile dieser einigermaßen privilegierten Bevölkerungsgruppe konsequent für Reformen im Sozial- und Wirtschaftsbereich einsetzen, müßte man diese Ansätze und Bemühungen vermutlich ernster nehmen, als wenn die Vorwürfe allein von den unmittelbar Betroffenen kommen. Hier bewußtseinsbildend zu wirken, ist auch der Hauptzweck der Studie. Kritik an 200 Jahren Fehlentwicklungen in einem Sozialsystem, das die Freiheit des Individuums und den Konkurrenzkampf einseitig zum Ideal erklärt, hat es schon bisher gegeben. Daß diese Kritik mehr als berechtigt ist, zeigt sich z. B. schon darin, daß unter Hinweis auf die Ei-

genverantwortlichkeit des Individuums Senat und Repräsentantenhaus bisher sich gegen die Einführung von Pflichtversicherungen ausgesprochen haben. Deshalb ist das Sozialwesen der USA heute in der Hauptsache noch auf Almosen in Notfällen und nicht auf Vorsorge für Notfälle ausgerichtet. Doch jetzt scheinen sich erstmals Kräfte zu rühren, die den Kurs wechseln wollen. Die CHD-Studie will nicht nur die Bemessungsgrundlagen geändert wissen, sondern fordert neben Abbau von Bürokratie bei der Bearbeitung von Anträgen auch grundlegende Strukturänderungen, Umverteilung der Lasten und bessere Vorsorge durch alle. Unüberhörbar sind darüber hinaus die Forderungen der US-Bischöfe nach mehr „sozialer Gerechtigkeit“, wie sie sich zuletzt in einem sehr ausführlichen und konkret gehaltenen Hirtenbrief zur kommenden Wahl fanden. Vielleicht hat dieser Beitrag der katholischen Kirche auf lange Sicht für die amerikanische Gesellschaft größere Bedeutung als alle von Selbstgefälligkeit und nationalem Stolz getragenen Beiträge zur 200-Jahr-Feier, zum Bicentennial 1976, das mittlerweile schon vom Volksmund zum Buycentennial umgetauft wurde.

Norbert Sommer

Ziele, Grundlagen und Grenzen der Sowjetpolitik

Zur Rede von Parteichef Breshnew vor dem XXV. Parteitag der KPdSU

Über den XXV. Kongreß der KPdSU wurde in der westlichen Presse ausführlich berichtet, dabei stand meist das Verhältnis der kommunistischen Parteien des Westens im Vordergrund. Wir beschränken uns hier auf den Teil des Parteitages, der in der breiten westlichen Öffentlichkeit weniger aufmerksam registriert worden ist, auf den Rechenschaftsbericht von Parteichef Breshnew. In seinen Ausführungen artikulierte sich das gewachsene Selbstbewußtsein der Sowjetunion ebenso wie deren in moderaten Formen vorgetragenen offensiven Zielsetzungen in der Außenpolitik. Mit dieser offensiven Außenpolitik korrespondieren aber beträchtliche innenpolitische Schwächen vor allem in der Wirtschaftspolitik.

Vom 24. Februar bis 5. März 1976 fand im Kongreßpalast des Kreml der XXV. Parteitag der KPdSU statt. 4998 ordentliche Delegierte vertraten 15,6 Millionen Parteimitglieder. Die ausländischen kommunistischen Parteien waren durch 103 Delegationen vertreten. Im Mittelpunkt stand der traditionelle „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU über die nächsten Aufgaben in der Innen- und Außenpolitik“, vorgetragen in einem fünfeinhalbstündigen Referat von Generalsekretär Leonid Breshnew. Obgleich es statutenmäßig die Aufgabe eines Parteitages ist, die Generallinie der Politik der Partei festzulegen, so wurden seit den zwanziger Jahren auf Parteitagen keine echten Grundsatzdiskussionen oder gar offe-

nen Kontroversen ausgetragen. Neuorientierungen erfolgen seit langem nicht auf Parteitagen. Die Rolle der Delegierten beschränkte sich auf die Zustimmung zu der im engsten Führungszirkel des Politbüros erarbeiteten Linie. Nur in begrenztem Maße brachten die Begrüßungsreden einiger ausländischer Parteiführer, wie die des italienischen Kommunistenführers *Enrico Berlinguer*, Spannung in den Kongreß.

Klassenkampf als Kehrseite der Koexistenz

Ungeachtet dieser Einschränkung war der Parteitag ein beachtenswertes Forum zur *Artikulation der Generallinie* der KPdSU für die nächsten fünf Jahre und für die Bilanzierung der Erfolge und Mißerfolge seit dem XXIV. Parteitag (1971). In seinem Rechenschaftsbericht beschäftigte sich Breshnew zunächst mit außenpolitischen Fragen. Er entwickelte eine Prognose der weltpolitischen Entwicklung für die nächste Zeit, verbunden mit einer Kritik des eigenen und des gegnerischen Lagers. Was die Perspektive betrifft, so gab er sich optimistisch: „Buchstäblich vor unseren Augen verändert sich die Welt, und sie verändert sich zum Besseren.“ Er ging davon aus, daß „der Einfluß der Länder des Sozialismus auf das Weltgeschehen immer stärker, immer tiefer wird“. Als bedeutsame Erfolge stellte

Breshnew vorrangig den Sieg in Vietnam und die Anerkennung der Souveränität der DDR sowie die Bestätigung der Unverletzlichkeit der Westgrenzen der DDR, Polens und der ČSSR heraus und rechtfertigte das sowjetische Verhalten in Afrika, speziell in Angola. Gleichzeitig bekannte sich Breshnew zum „Kampf um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ und zur Entspannungspolitik, die er „mit verdoppelter Energie“ fortzusetzen versprach. Es gelte beharrlich darum zu kämpfen, die Entspannung „unumkehrbar“ zu machen. Breshnew schlug einen Weltvertrag über Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen vor. Unmißverständlich bekannte er sich aber zum revolutionären Weltprozeß und bezeichnete den Kapitalismus als „eine Gesellschaft ohne Zukunft“. In offenkundiger Anspielung auf Entwicklungen in der KPI und der KPF wurde der proletarische Internationalismus als eines der Hauptprinzipien des Marxismus-Leninismus herausgestellt und eine ideologische Annäherung des „wissenschaftlichen“ Kommunismus an den „Reformismus“ der Sozialdemokraten verurteilt.

Auch seine Aussagen zum Verhältnis von *friedlicher Koexistenz und Klassenkampf* waren eindeutig: „Manche bürgerlichen Politiker tun verwundert und schlagen Lärm über die Solidarität der sowjetischen Kommunisten, des sowjetischen Volkes mit dem Kampf anderer Völker für Freiheit und Fortschritt. Das ist entweder Naivität oder am ehesten vorsätzliche Hirnverkleisterung. Steht doch mit unübertrefflicher Klarheit fest, daß Entspannung und friedliche Koexistenz in den Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen fallen. Das bedeutet vor allem, daß Streitigkeiten und Konflikte zwischen den Ländern nicht durch Krieg, nicht durch Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung beigelegt werden dürfen. Die Entspannung hebt die Gesetze des Klassenkampfes keineswegs auf, und sie kann diese Gesetze weder aufheben noch abändern. Niemand kann darauf spekulieren, daß im Zeichen der Entspannung die Kommunisten sich mit kapitalistischer Ausbeutung abfinden oder die Monopolherren zu Anhängern der Revolution werden.“ Er mache kein Hehl daraus, „daß wir in der Entspannung einen Weg zur Schaffung günstigerer Bedingungen für den friedlichen sozialistischen und kommunistischen Aufbau sehen“. Das bestätige lediglich, „daß Sozialismus und Frieden nicht voneinander zu trennen sind“.

Diese Interpretation war keineswegs neu. Auf früheren Parteitagungen – insbesondere in der Chruschtschow-Ära – wurden die westlichen Staaten, vor allem die USA, viel massiver angegriffen. Chruschtschow prophezeite einst den Untergang des Kapitalismus in den USA bis spätestens zum Jahre 2000 („Ihre Enkel werden im Kommunismus leben“). Aus den außenpolitischen Ausführungen Breshnews ergibt sich insgesamt aber, daß die KPdSU im Rahmen ihrer weltweit angelegten Politik vorrangig an der *Festigung der Einheit des sozialistischen Lagers* interessiert ist. Der Sowjetunion geht es jetzt offenbar darum, eine

noch engere Bindung der kommunistischen Staaten an die Sowjetunion zu erwirken und in den europäischen Volkdemokratien alle noch verdeckt existierenden *national-kommunistischen* Elemente auszumerzen. Breshnew bezeichnete diese Entwicklung als eine gesetzmäßige Erscheinung: „Mit dem Aufblühen jeder sozialistischen Nation und im Erstarken der Souveränität der sozialistischen Staaten werden ihre gegenseitigen Beziehungen immer enger, entstehen immer mehr gemeinsame Elemente in ihrer Politik, Wirtschaft und ihrem sozialen Leben, gleicht sich ihr Entwicklungsniveau allmählich einander an. Dieser Prozeß der allmählichen Annäherung der sozialistischen Länder tritt heute mit aller Deutlichkeit als gesetzmäßige Erscheinung zutage.“ Breshnew erwähnte „mit tiefer innerer Genugtuung“, daß „sich die Führer der kommunistischen Parteien der sozialistischen Staatengemeinschaft in ständigem Kontakt miteinander befinden“ und regelmäßige mehr- und zweiseitige Treffen stattfinden. „Insgesamt sind unsere Beziehungen zu den meisten Parteien der sozialistischen Länder durch völlige Übereinstimmung und fruchtbare Zusammenarbeit gekennzeichnet.“ Manche Parteien hätten bekanntlich ihre Ansichten zu einigen Fragen, aber die allgemeine Tendenz sei durch den fortschreitenden Zusammenschluß der sozialistischen Länder gekennzeichnet.

Festigung des „sozialistischen“ Lagers

Reibungslos scheint dieser Prozeß aber nicht zu verlaufen. Manche Volksdemokratie sieht sich vom „großen Bruder“ zu sehr gegängelt und übervorteilt. Offensichtlich soll die *wirtschaftliche Zusammenarbeit* im Comecon forciert werden. Das langfristige Programm der sozialistischen ökonomischen Integration wurde als besonders wichtig bezeichnet. Gemeinschaftlich sollen Naturschätze zum gemeinsamen Nutzen erschlossen und große Industriekomplexe errichtet werden, die den Bedarf aller sozialistischen Staaten decken sollen. Die Ausarbeitung und Verwirklichung langfristiger Programme wurde als nächster notwendiger Schritt bezeichnet. In Gemeinschaftsanstrengungen soll der schnell wachsende Bedarf an Energie, Brenn- und Rohstoffen gedeckt, die Nachfrage nach Lebensmitteln und industriellen Konsumgütern vollständiger befriedigt, der Maschinenbau auf ein höheres Niveau gehoben und die Entwicklung des Transportwesens beschleunigt werden. Die materiellen Grundlagen der sozialistischen Staatengemeinschaft sollen forciert gestärkt werden. Nach Breshnew ist die sozialistische Staatengemeinschaft jetzt zur „dynamischsten Wirtschaftsmacht der Welt“ geworden. „Während des vergangenen Jahrzehnts entwickelte sich die Industrie der ihr angehörenden Länder viermal so schnell wie die Industrie der kapitalistischen Staaten. 1975 lieferten die Länder unserer Staatengemeinschaft mehr als doppelt soviel Industrieerzeugnisse wie die Länder des gemeinsamen Marktes.“ Wenn die Sowjetunion jetzt daran interessiert ist, daß das Comecon offizielle Beziehungen zur EG aufnimmt, so

wird dabei mit das Ziel verfolgt, den einzelnen kommunistischen Staaten Separatkontakte zur EG zu verbauen und um den sowjetischen Führungseinfluß in Kontakt von Comecon zur EG zur Geltung zu bringen.

Hinsichtlich der Beziehungen zur Volksrepublik China betonte Breshnew die Bereitschaft der Sowjetunion, sich von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz leiten zu lassen, zugleich zog er zur Kommunistischen Partei Chinas einen scharfen Trennungsstrich und stellte die Unversöhnlichkeit der Positionen heraus. Die Politik der KP Chinas sei „unverhüllt gegen die Mehrheit der sozialistischen Staaten gerichtet“. „Mehr noch, sie schließt direkt an die Haltung der extremsten Reaktionäre aller Welt an: von den Militaristen und Entspannungsfeinden der westlichen Länder bis zu den Rassisten Südafrikas und den faschistischen Machthabern Chiles. Diese Politik ist den sozialistischen Prinzipien und Idealen nicht nur völlig fremd, sondern ist ihrem Wesen nach auch zu einer wichtigen Reserve des Imperialismus in seinem Kampf gegen den Sozialismus geworden.“

Eine große Gefahr für alle friedliebenden Völker seien „die fieberhaften Versuche Pekings, die Entspannung zu torpedieren, die Abrüstung zu verhindern, Mißtrauen und Feindschaft zwischen den Staaten zu säen, seine Bestrebungen, einen Weltkrieg zu provozieren und sich selbst daran die Hände zu wärmen...“ Diese Politik Pekings stehe im krassen Widerspruch zu den Interessen aller Völker. Es gelte „dieser Brandstifterpolitik“ entgegenzutreten und die Interessen des Sowjetstaates, der sozialistischen Staatengemeinschaft und der kommunistischen Weltbewegung zu verteidigen. Es genüge nicht mehr, zu sagen, daß „maoistische Ideologie und Politik mit der marxistisch-leninistischen Lehre unvereinbar sind“. Sie stehe ihr direkt feindlich gegenüber.

Kritik an den Wirtschaftsfunktionären

Während die außenpolitische Bilanz für die letzten fünf Jahre aus der Sicht des Parteichefs nur positiv sein konnte, gilt dies von der *Wirtschaftsbilanz* nur mit erheblichen Einschränkungen. Zwar ist eine Aufwärtsentwicklung in wichtigen Bereichen, verbunden mit einer Verbesserung des Lebensstandards der Sowjetbevölkerung, nicht zu leugnen, doch in anderen, keineswegs unwichtigen Bereichen sind gravierende Diskrepanzen festzustellen.

Am deprimierendsten sind die Zustände in der *Landwirtschaft*. Einst war Rußland die Kornkammer Europas. Nach Kollektivierung und Neulanderschließung können nur mit großer Mühe die 255 Millionen Sowjetbürger mit Getreideerzeugnissen versorgt werden. Im vergangenen Jahr mußten 25 Millionen Tonnen importiert werden. Die Tatsache, daß die Sowjetunion von Getreideimporten abhängig ist, kommt einem Offenbarungseid der kollektivierten Landwirtschaft gleich. Wegen Futtermangels mußte mit großen Viehschlachtungen begonnen werden. Ende 1975 wurde der Schweinebestand von 72,3 auf 57,8

Millionen reduziert. Zwar hat Breshnew mit den abenteuerlichen Agrarexperimenten der Chruschtschow-Ära aufgeräumt und zur Beruhigung der Lage in der Landwirtschaft durch Einführung langfristiger Pläne und stabiler Preise beigetragen, doch die Verwirklichung seiner Absicht, durch Melioration, Mechanisierung und Chemisierung der Landwirtschaft, durch neue Formen des Managements und durch Steigerung der Investitionen die Getreide- und Viehproduktion zu erhöhen, blieb ein durchschlagender Erfolg versagt. Der Widerstand regionaler und lokaler Bürokratien machte gefaßte Beschlüsse unwirksam. Die angewandten Mittel wurden verzettelt und zerflossen ohne ausreichenden Effekt.

Hinsichtlich der Landwirtschaft stellte Breshnew die „stabile Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Agrarrohstoffen“ sowie die Anlegung hinreichender Reserven als erste Aufgabe heraus. Wenngleich Breshnew die Mißerfolge im Bereich der Landwirtschaft als vornehmlich wetterbedingt hinstellte, so ließ er doch in seinen Einschätzungen das Ausmaß der Misere deutlich werden: „Die aktuellste Aufgabe ist Steigerung der Getreideproduktion... Die Getreideernte muß im Jahresdurchschnitt um mindestens 35 bis 40 Millionen Tonnen erhöht werden... In der Produktion von Zuckerrüben, Baumwolle, Obst und Gemüse muß ein beträchtliches Wachstum gesichert werden. Hier gibt es keine ‚Kleinigkeiten‘ – Zwiebeln lassen sich nicht durch Kartoffeln ersetzen und Pflanzenöl nicht durch Tomatensaft. Alles gehört auf den Tisch des Sowjetmenschen. Das zu gewährleisten ist aber die direkte Pflicht der Werktätigen in der Landwirtschaft.“ Daß nach dieser Bilanz der Landwirtschaftsminister nicht nur seinen Platz im Zentralkomitee der Partei räumen mußte, sondern auch seinen Ministerposten verlor, konnte niemanden mehr überraschen und entspricht dem sowjetischen Brauch, Sündenböcke zu schlachten.

Auch im Bereich der *Industrieproduktion*, vor allem in der Konsumgüterproduktion und den Dienstleistungsbetrieben, kam Breshnew im Rahmen seiner Bilanz nicht umhin, erhebliche altbekannte Mängel anzusprechen: „Wenn wir die vergangenen Jahre überblicken, sehen wir natürlich nicht nur Erfolge, sondern auch Schwierigkeiten, Mängel, ungelöste Probleme... Nicht immer und nicht überall haben wir so gearbeitet, wie das unsere Beschlüsse verlangten. Die Vervollkommnung der Planung, die Neugestaltung des Wirtschaftsmechanismus, der Kurs auf die Intensivierung der Produktion wurde langsamer verwirklicht als beschlossen worden war. Ein Teil der Produktionskapazitäten wurde nicht termingerecht seiner Bestimmung übergeben oder voll in Betrieb genommen. Ein Engpaß bleibt in vielen Zweigen – obwohl diese Frage wiederholt nachdrücklich gestellt wurde – auch heute die Überleitung der wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse in die Produktion. Es ist noch nicht gelungen, Verletzungen der Plan-, der technologischen und der Arbeitsdisziplin zu verhindern.“

In Zukunft soll der *Verbesserung der Infrastruktur* (Transport, Post, Fernmeldewesen) und des Systems der

Materialversorgung größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Breshnew sagte u.a.: „Im Grunde genommen sind tiefe qualitative Veränderungen in der Struktur und im technischen Niveau der Volkswirtschaft durchzusetzen, sogar ihr Gepräge ist gründlich zu ändern.“ Das sei die Zielsetzung der Partei zur Steigerung der Effektivität in der Praxis.

Vor allem die nachstehenden Ausführungen Breshnews werfen ein Schlaglicht auf Grundmängel.

„Angesichts der unvollständigen Auslastung der Produktionskapazitäten beträgt der Produktionsausfall bei uns Jahr für Jahr viele Milliarden Rubel. Das sind sozusagen direkte Verluste. Wahrscheinlich geht aber nicht weniger auch dadurch verloren, daß bei weitem nicht alle Ministerien und andere zentrale Staatsorgane die Spezialisierung aktiv vorantreiben, die Mittel zugunsten der zwischenzweiglichen Produktion umverteilen und spezialisierte Werke für die Erzeugung von Werkzeugen und Ausrüstungen von vereinheitlichten Baugruppen und -teilen errichten. Die Reparaturbasis ist über alle Maßen zersplittert. Derartige Tendenzen führen zu beträchtlicher Verschwendung aller Arten von Ressourcen.

So geschieht folgendes: viele Wirtschaftsfunktionäre sind bemüht, sich mit beinahe allem selbst zu versorgen, denn das sei sicherer, da die ‚fremden‘ Lieferbetriebe einen sitzenlassen könnten. Diese Psychologie hat sich dadurch herausgebildet, daß die Plan- und Vertragsdisziplin bei uns noch in vielen Bereichen häufig verletzt wird. Man muß das aber bekämpfen, muß die Disziplin heben und darf die Tendenzen zur Naturalwirtschaft und zum Ressortgeist keineswegs fördern.“

Während Breshnew im Bereich der Schwerindustrie noch auf Erfolge verweisen konnte, mußte er eingestehen, „daß uns die Lage in den Industriezweigen der ‚Abteilung II‘ nicht zufriedenstellen kann“. Im einzelnen bemerkte er: „Wir müssen zugeben, daß es uns nicht gelungen ist, diese Aufgabe in vollem Umfang zu bewältigen. Wir haben es einstweilen noch nicht gelernt, unter Gewährleistung eines hohen Entwicklungstempos der Schwerindustrie auch die ‚Abteilung II‘ und die Dienstleistungssphäre beschleunigt zu entwickeln.

Die Verantwortung dafür tragen viele. Man muß es unumwunden aussprechen, daß sich unsere zentralen Planungs- und Wirtschaftsorgane ungenügend um die Leichtindustrie, die Lebensmittelindustrie und die Dienstleistungssphäre gekümmert haben... Noch nicht alle haben erkannt, daß es hier um ein Anliegen von gewaltiger politischer und wirtschaftlicher Bedeutung geht, das mit der Erfüllung der Festlegungen im Programm unserer Partei unmittelbar zusammenhängt...“ Daraus sei die Schlußfolgerung zu ziehen: „Man muß die Investitionen für die Zweige der ‚Abteilung II‘ und für die sie beliefernenden Produktionsbereiche, für den Handel und die Dienstleistungssphäre weiter erhöhen, und es ist notwendig, höhere Anforderungen an jene zu stellen, die die Entwicklung dieses Wirtschaftsbereiches planen und leiten.“ Die Partei habe nicht die Absicht, vom eingeschlagenen Kurs abzuweichen.

Nachdrücklich forderte Breshnew die Partei auf, sich gegenüber dem Verbraucher und seinen Wünschen im Handel, im Gaststättenwesen und im Dienstleistungsreich aufmerksam zu verhalten. Wenngleich in den letzten Jahren mehr Wohnungen als in den vergangenen Planjahrfünften gebaut wurden, konnte der Wohnungsmangel noch nicht überwunden werden. Breshnew forderte, „die Grundrisse der Wohnungen zu verbessern, solide, gut und schön zu bauen“. Gleichzeitig soll die Herstellung von Möbeln, Haushaltsgeräten und Geschirr stark erhöht werden. In einer neuen Wohnung müsse alles den Menschen Freude bereiten.

Ideologisch kein Raum für Neutralismus

Die Mängel in der Wirtschaft, vor allem bei der Versorgung der Bevölkerung, gehen der Führung der KPdSU auf die Nerven. Auf die Dauer ist nämlich schlecht zu rechtfertigen, daß die Sowjetunion in bezug auf Lebensstandard in der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten das Schlußlicht bildet, obwohl sie ihre „kleinen Brüder“ in mancher Hinsicht noch übervorteilen kann. Der rasante Ausbau der strategischen und konventionellen Waffensysteme in den vergangenen Jahren hat zwar die Macht der Sowjetunion gestärkt und sie zur ebenbürtigen Supermacht entwickelt, doch dieser Machtzuwachs ging auf Kosten der Erneuerung der Infrastruktur und der Industriezweige, die nicht direkt verteidigungswirksam sind.

Im Rechenschaftsbericht äußerte sich Breshnew auch zu *Fragen der ideologischen und kulturellen Tätigkeit der Partei*. Verglichen mit den Rechenschaftsberichten auf anderen Parteitagungen – waren die Ausführungen ziemlich maßvoll. Probleme der politischen und moralischen sowie der Arbeitserziehung wurden betont sachlich, ohne polemische Schärfe, aber mit der üblichen Deutlichkeit angesprochen. Der Hauptakzent lag darauf, die Diskrepanz zwischen Wort und Tat anzuprangern. Damit war gemeint, daß viele Parteimitglieder die Beschlüsse zwar kennen, aber sich nicht entschieden für deren Verwirklichung einsetzen und sich gegen Übertretungen der Normen der sozialistischen Gesellschaft versöhnlerisch verhalten. Nur an einer Stelle wurde zum Thema Weltanschauung Stellung genommen. „Im Kampf der zwei Weltanschauungen darf es keinen Raum für Neutralismus und Kompromisse geben. Hier bedarf es hoher politischer Wachsamkeit, aktiver, operativer und überzeugender propagandistischer Arbeit und einer rechtzeitigen Abwehr aller feindlichen ideologischen Störversuche.“ Im Bereich der *Kultur* stellte Breshnew vorwiegend die Leistungen heraus, ohne Zensuren zu erteilen. Die Kritik an Einzelarbeiten betrachtet er offenbar als Angelegenheit der Künstlerverbände und deren Parteiorganisationen. Nur in allgemein grundsätzlicher Art fixierte er die Aufgaben. Direkte Warnungen richtete er nur an reglementierende Funktionäre: „Bei der parteilichen Betrachtungsweise der Fragen der Literatur und *Kunst* verbinden sich

Feinfühligkeit gegenüber der künstlerischen Intelligenz und Hilfe bei ihrem schöpferischen Suchen mit Prinzipienfestigkeit. Hauptkriterium bei der Beurteilung der gesellschaftlichen Bedeutung eines jeden Werkes war und bleibt selbstverständlich seine ideologische Tendenz...“ Wenn es dennoch hin und wieder vorkomme, daß einzelne Funktionäre die Dinge versimpeln und Fragen, die das Kunstschaffen, die Mannigfaltigkeit der Formen und individuellen Stile betreffen, durch administrative Methoden zu lösen versuchen, dann gehe die Partei an solchen Fällen nicht vorüber, sondern korrigiere sie.

Alles moralisch, was dem Aufbau des Kommunismus dient

Zum Schluß stellte Breshnew nochmals die Grundsätze sowjetischer Innenpolitik heraus: „Man kann an die Leninschen Worte erinnern, daß in unserer Gesellschaft alles moralisch ist, was den Interessen des Aufbaus des Kommunismus dient. In Anlehnung daran können wir sagen, daß für uns alles demokratisch ist, was den Interessen des Volkes und den Interessen des kommunistischen Aufbaus dient. Das, was diesen Interessen widerspricht, lehnen wir ab, und niemand wird uns davon überzeugen können, daß das eine falsche Einstellung ist. Wir wissen genau, in welche Richtung wir gehen, wenn wir unser politisches System vervollkommen. Wir sind völlig überzeugt von der Richtigkeit des von uns gewählten Kurses.“ Auf dem Feld der staatlichen Arbeit kündigte Breshnew – erneut – die Vorbereitung des Entwurfs einer *neuen Verfassung* der UdSSR an. Die gegenwärtig gültige, aus dem Jahre 1936 stammende Verfassung soll zu unbestimmtem Termin einmal abgelöst werden. Wahrscheinlich wird dies nicht in den nächsten fünf Jahren erfolgen. Möglicherweise will die Führung der KPdSU damit warten, bis die Entwick-

lung auch in den Volksdemokratien weiter vorangeschritten ist, um dann vielleicht die Modellverfassung einer sozialistischen Staatenkonföderation zu entwerfen.

Der XXV. Parteitag der KPdSU brachte keine Überraschungen und Sensationen. Er war weder Fanal noch Wendepunkt. Er bestätigte die Kontinuität der Politik der KPdSU. Der 69jährige Parteichef – seit 1969 ungefährdet und ohne eine Säuberung in der Führung veranlaßt zu haben im Amt – war die beherrschende Gestalt. Wenngleich noch kein Ende seiner Ära in Sichtweite gerückt ist, so dürfte er jetzt auf dem Höhepunkt seines Einflusses und seines Ansehens stehen. Ob er noch auf dem XXVI. Parteikongreß so tonangebend sein wird, kann bezweifelt werden.

Die in geheimer Abstimmung erfolgte einstimmige Wiederwahl von Breshnew als Generalsekretär und die Bestätigung aller anderen Mitglieder des Politbüros (mit Ausnahme des Landwirtschaftsministers Poljanski) sichert auch personell Stabilität, Kontinuität und relative Ausgewogenheit der sowjetischen Politik in den nächsten Jahren. Ungeachtet des offenen Bekenntnisses zu den Grundsätzen weltrevolutionärer kommunistischer Politik und ihrer konkreten Anwendung, wie jetzt in Afrika, steht vorsichtiger Pragmatismus beim gegenwärtigen Führungskollektiv im Vordergrund. Aus innenpolitischen Gründen wird die KPdSU auch weiterhin daran interessiert sein, der Konsolidierung des eigenen Machtbereiches Vorrang einzuräumen, ohne die weltweite Stärkung ihrer Stellung als Supermacht preiszugeben. Angesichts des hohen Durchschnittsalters des Führungskerns der KPdSU sind jedoch im nächsten Jahrzehnt größere personelle Umbesetzungen unvermeidlich, was dann größere Rückwirkungen auf die Gestaltung künftiger sowjetischer Innen- und Außenpolitik haben könnte.

Herbert Prauß

Interview

Atheismus oder verborgene Religiosität?

Ein Gespräch mit Prof. Bernhard Welte

Die denkerische Auseinandersetzung mit der Gottesfrage scheint in der Theologie in letzter Zeit vielfach hinter Fragen der Ekklesiologie, der Christologie und neuerdings der Pneumatologie zurückgetreten zu sein. Angesichts der weitgehenden Verdrängung dieser Frage im öffentlichen Bewußtsein scheint es an der Zeit, sich wieder ausdrückli-

cher um diese Frage zu kümmern. Sie war Gegenstand des folgenden Gesprächs mit Prof. Bernhard Welte, dem emeritierten Ordinarius für Religionsphilosophie der Universität Freiburg. Welte, der am 31. März seinen 70. Geburtstag feiert, bemüht sich seit Jahrzehnten – in Auseinandersetzung mit dem modernen Denken, besonders der